

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzgebot. Bei Mgl. zweimal. Bezahlung bei
Zustellung. R.R. 3,80; Postleistung R.R. 2,10
nichts. 45-56 Kpl. Vorber. ohne Verhältnis-
gebühr bei jedemmal wiederl. Verl. Verl. Regis-
tr. 10 Kpl.; außers. Dresden mit Wandsburg,
10 Kpl.; außers. Sachsen u. Oberlausitz, 15 Kpl.

Druck u. Verlag: Liebsch & Reichardt, Dresden-Alt. I., Marien-
straße 38/39. Fernreut 25251. Postgeschäft 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Umstädte und des Schiedsgerichts beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Kundenzettel R. Wissel Nr. 7: Wisselzettel
ca. 100 Stück) 11,8 Kpl. Nachlässe nach Städten R.
Familienangehörige u. Geschäftliche Wisselzett-
elle 6 Kpl. Differenz 20 Kpl. — Redaktion
mit Zustimmung des Redaktions-Ratifikation.
Unterjährige Schriftsätze werden nicht aufgenommen

Wiederholte Prag den 21. Mai?

Riegsprovokation der Tschecho-Slowakei

Sämtliche Jahrgänge ab 1894 eingezogen - Sprengkapseln in der Mülliger Talsperre

Karlsbad, 15. September.

Die Einziehung von Reservisten in der Tschecho-Slowakei hat am Mittwoch und Donnerstag solche Formen angenommen, daß in vielen Betrieben schon mehr als die Hälfte des Personals zum Heeresdienst eingezogen worden ist. Die Einziehungen erstrecken sich auf das gesamte tschecho-slowakische Staatsgebiet und auf sämtliche Jahrgänge von 1894 ab.

Die Kasernen reichen trock engster Füllung bei weitem nicht mehr aus, und für zahlreiche Truppenteile wurden Turnhallen, Gaschausäle, Markthallen und Schulen requirierte. Die Straßen im ganzen Gebiet sind verstopft durch lange motorisierte Truppenteile, unter denen man besonders zahlreiche Panzerwagen bemerkte.

In den unmittelbaren Grenzgebieten herrschten außerordentlich lebhafte militärische Treiben in den ausgebauten Stellungen, in die insbesondere zahlreiche Munitionstransporte geleitet werden. Daß alle Brücken und wichtigen Straßentreuzungen sind wieder wie am 21. Mai militärisch besetzt. Es finden überall Passantens- und Wagenkontrollen statt. Daß alle Pkw, LKW, Omnibusse, sowie zahlreiche Personenwagen und Motorräder sind für den Heeresdienst beschlagnahmt worden.

Im Gebiet Nürnberg, Teplitz, Währisch-Ostrau und Barnsdorf sind viele Straßen durch tschechische Truppen und quergehetzte Wagen gesperrt und gesichert. Sappen sind dabei, die Straßen aufzureißen und die Sprengkästen an den Brücken zu legen. Auf dem Bahnhof Nürnberg-Lichtenwald an der Strecke Nürnberg-Plaue wurden am Mittwochabend zwei Güterzüge mit Taxis und Kampfwagen entladen. Die Schubberstellung, von der aus man einen beherrschenden Einblick in deutsches Gebiet hat, ist durch zahlreiche Truppenteile besetzt. Für den Versorgungs- und Munitionstransport wurden auch zahlreiche Wagen und Gespanne tschechischer Baner requirierte.

Die Schulen sind fast im gesamten Sudetendeutschen Gebiet geschlossen, da die Eltern aus Protest ihren Kindern nicht zur Schule geschickt haben. Die Familien der tschechischen Beamten und Grenzler sind zum größten Teil ins Landinnere abtransportiert worden. Sowohl die Lehrer und Beamten an Ort und Stelle verblieben sind, wurden sie bewaffnet und der Gendarmerie zugewiesen. So sind z.B. die Steuerämter und Gerichte in zahlreichen Orten geschlossen, weil von den Beamten niemand mehr anwesend ist.

Umfangreiche Truppenaufzämmungen wurden bei Pleinen und bei Rothenbach vorgenommen. Ebenso bei Altachau, Graslitz, Halsenau, Karlsbad und Eger, das ganz besonders stark besetzt ist.

In die Sperrenmauer der Talsperre von Müllig sind Sprengkapseln eingesetzt worden. Da die Talsperre durch die schweren Regenfälle der letzten Zeit vollständig gefüllt ist, würde eine Sprengung der Talsperre nicht nur für das Sudetendeutsche, sondern auch für das tschechische Elbgelände verhängnisvolle Folgen haben.

Den Bürgermeistern aller Orte wurden die Mobilisierungsplakate zugesandt, jedoch die Weisung gegeben, sie aus außenpolitischen Gründen vorläufig nicht auszuhängen. Auch zahlreiche Sudetendeutsche Bürgermeister haben diese Plakate erhalten. Die angeordneten Maßnahmen ähneln denen, die am 21. Mai getroffen worden sind.

Leichte Warnung an Prag

Mit diesen offenen Kriegsvorbereitungen der tschechischen Regierung hat die Lage sich wiederum verschärft. Während der englische Premierminister mit dem Führer über eine friedliche Beilegung des Konflikts verhandelt und die ganze Welt mit höchster Spannung nach dem Obersalzberg blickt, provoziert Herr Benesch einen europäischen Krieg. Der Führer hat in seiner großen Nürnberger Rede ausdrücklich erklärt, daß Deutschland eine Wiederholung der Vorfälle vom 21. Mai nicht dulden wird. Damals haben die Tschechen gleichfalls Kriegsvorbereitungen getroffen und die Schulen später auf Deutschland abzuschließen versucht. Die Nürnberger Warnung Adolf Hitlers hatte folgenden Wortlaut: „Sie werden verstehen, meine Parteigenossen, daß eine Großmacht ein zweites Mal einen solchen unterdrückenden Übergriff nicht hinnehmen kann.“ Diese Warnung hat die ganze Welt gehört, auch die Prager Machthaber, an die sie gerichtet war. Wenn Benesch und seine Freunde das Spiel mit dem Feuer trocken von neuem beginnen, so tragen sie damit auch die Verantwortung für alle Folgen, die aus dieser offenen Kriegsprovokation entstehen. Die Bevölkerung unseres ländlichen Heimatgaues kann sich ein besonders deutsches Bild von der Struppellosigkeit des Benesch-Systems machen, wenn sie erfährt, daß zu den militärischen Maßnahmen Prag auch die Vorbereitung der Sprengung des Mülliger Elbe-Staubekens gehört, ein Verbrechen, das für die ganze Elblandskette katastrophale Folgen haben würde. Prag möge sich des Ernstes der Stunde bewußt sein. Der 21. Mai wird sich nicht wiederholen! Das ist unsere leichte Warnung.

Haltbefehl gegen Henlein und seine Mitarbeiter auf Beschluss des Prager Ministerrates und Veranlassung Beneschs

Prag, 15. September.

Das politische Kabinett hielt am Donnerstag zwei Sitzungen ab. Die erste begann um 18 Uhr unter dem Vor-
sitz des Ministerpräsidenten Dr. Hodza. Daran schloß sich
um 17 Uhr eine Sitzung beim Präsidenten der Republik
Benesch an. In den Sitzungen wurden, wie es heißt,
weitere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe
und Ordnung beschlossen und nach allen Richtungen hin an-
geordnet.“

Weiter verlautet, daß „im Hinblick darauf, daß Konrad Henlein zwei Kundgebungen an die Sudetendeutsche Bevölke-
lung über den Deutschlandkrieg verbreiten ließ, das Ein-

schreiten gegen Konrad Henlein in dieser Angelegenheit den
zuständigen Staatsorganen übertragen wird.“ Das heißt also, daß gegen den Führer des Sudetendeutschen Strafan-
zeige unter Berufung auf das Strafgesetz und auf das
berüchtigte „Gesetz zum Schutz der Republik“ von der
Staatsanwaltschaft erhoben werden wird.

Die der Partei des Staatspräsidenten Benesch nahe-
stehende Zeitung „Af-Zeitung“ verzerrt die Nachricht, daß ein
Haltbefehl gegen Konrad Henlein bereits ausgesetzt
worden sei soll. Auch lägt es hing, daß auf die
gesamte Führung der Sudetendeutschen Partei ähnliche Haltbefehle ausgestellt werden seien sollen.

Das deutsche Ronsdorf in Eger beschlossen? Alle Telefonverbindungen unterbrochen - Dauerndes Geschäftfeuer in der Stadt

Ol, 15. September.

Die Telefonverbindungen mit Eger und vom reichsdeutschen Gebiet her schon seit gestern völlig unterbrochen. Die Stadt ist weiterhin fast militärisch besetzt. Auch das deutsche Ronsdorf ist selbst mit Böhmisprächen nicht zu erreichen. Angenommen ist auch das deutsche Ronsdorf beschlossen worden

Auch am Donnerstag rasten Panzerwagen durch alle Straßen. Dauernd ist Geschäftfeuer zu hören. Die Hauptstelle der SdP, die am Mittwoch unter Geschäftfeuer genommen war, bietet einen traurigen Anblick. In den Zimmern steht es aus, als ob dort Räuberbanden gehaust hätten. Die Möbel wurden zerstört. Türen und Sessel zerkrümpt. Einige Räume wurden wiederhergerichtet. Das Zimmer, in dem noch am Dienstag Konrad Henlein mit den Mitarbeitern Vord. Runciman verhandelte, ist durch Ge-
schäftfeuer zerstört.

Das Ergebnis von Berchtesgaden

Offene Aussprache — Vor neuen Besprechungen

Berchtesgaden, 15. September.

Der Führer und Reichskanzler hatte am Donnerstag auf dem Obersalzberg mit dem britischen Premierminister Chamberlain eine Besprechung, in deren Verlauf ein umfassender und offener Meinungs austausch über die gegenwärtige Lage stattfand. Der britische Premierminister fuhr am Freitag nach England zurück, um sich mit dem britischen Kabinett zu beraten. In einigen Tagen findet eine neue Besprechung statt.

London, 15. September.

Das englische Kabinett ist für Freitag nachmittag eine berufen worden. Der Premierminister wird über seine Aussprache mit dem Führer Bericht erstatten.

Wachsende Einsicht

Durch den überraschenden Entschluß des englischen Premierministers, zu einer persönlichen Aussprache mit Adolf Hitler nach Deutschland zu kommen, und die Sanktionsnahme Mussolinis ist die Entwicklung der internationalen Lage in einen neuen Abschnitt eingetreten. In der ganzen Welt — von Moskau und seinen Verbündeten natürlich abgesehen — wurde der Schritt Chambers' höchst begrüßt, und man erwartet von der Aussprache der beiden Staatsmänner allgemein eine Wendung zum Guten. Jemand welche Vermutungen über das Ergebnis der Unterredung und über die Auswirkungen des Vorschlags Mussolinis sind solange fehl am Platze, wie sie sich lediglich auf Gerüchte und Hypothesen stützen können. Um so klarer jedoch gelingt sich jetzt die Lage in der Tschecho-Slowakei vor den Augen der Weltöffentlichkeit ab. Während noch vor zwei Tagen ein allgemeines Durcheinander herrschte, kann man jetzt deutlich die Umrisse einer künftigen Lösung erkennen. Konrad Henlein hat sie für die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen jetzt offen ausgesprochen: „Wir wollen heim ins Reich!“ Es wäre falsch, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die dieser endgültigen Lösung noch im Wege stehen. Noch glimmt an dem tschechischen Pulverfaß die Funke, die durch das Prager Babenauer Spiel entzündet worden ist. Die Panikstimmung vom Wochenbeginn ist jedoch einer wesentlich ruhigeren Auffassung gewichen, und die Alten der Kriegsherrscher haben einen Kurzsturz erlitten.

Zu dieser Aufhellung des politischen Horizontes hat vor allem die Rede des Führers beigeigetragen, die unsere Haltung klar umrissen und keine Zweifel über unsere Entschlossenheit gelassen hat. Es war beeindruckend, wie schnell die künstlich erzeugte antideutsche Stimmung in sich zusammenbrach, als der Führer das tschechische Problem aus dem Dunkel internationaler Kriegsspekulationen auf die Ebene der Tatsachen zurückführte. Seine Argumente waren unanfechtbar, und selbst den geschicktesten Bedenken der Pariser und Londoner Presse ist es nicht gelungen, aus dem großen Appell an das Rechtsgefühl der Welt eine imperialistische Drohung zu machen. Die leichten Ereignisse in der Tschecho-Slowakei haben diese Umkehr der Meinungen beschleunigt. Die Anklagen des Führers konnten keine bessere Bestätigung finden als in den blutigen Ergebnissen eines Systems, dessen Herrschaftsanspruch über Millionen fremdvölkischer Menschen immer mehr zu einer Fiktion geworden ist. Mit den von Prag hinausgelagerten Verhandlungen zwischen Regierung und Sudetendeutschen ist es nun endgültig vorbei. Mit ihren Terrormaßnahmen hat die tschechische Regierung gezeigt, daß eine Lösung auf der alten Grundlage heute nicht mehr gefunden werden kann. Die demokratischen Spielregeln haben nach den brutalen Ausschreitungen gegen mehrere Deutsche und ihre nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vertreter jede Gültigkeit verloren. Jetzt liegt die Entscheidung nicht mehr in Prag, und die Tschechen haben sich diese Wendung der Dinge selbst zuzuschreiben.

Die ganze Frage hat durch das tschechische Gewaltssystem eine derartige Fulzung erfahren, daß man die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht mehr allein von der Prager Regierung abhängig machen kann. Es steht zu viel auf dem Spiel, als daß die Verantwortung weltpolitischer Schicksalsfragen Leuten überlassen werden könnte, die zwanzig Jahre lang bewiesen haben, daß ihnen die primitivsten Vorauflösungen einer staatsmännischen Führungsaufgabe